

Stenographischer Bericht

4. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 23. Dezember 2000

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Mag. Bleckmann, Abg. Mag. Zitz.

Antrag, Einl.-Zahl 112/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Lechner-Sonnek und Dr. Rieder, betreffend Wahl des Landesrechnungshofdirektors.

Redner: Abg. Dr. Lopatka, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Präsident Purr.

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die vierte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Landtagsabgeordnete Mag. Magda Bleckmann und Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurde heute ein Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Lechner-Sonnek und Dr. Rieder, betreffend Wahl des Landesrechnungshofdirektors.

Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes.

Es gilt heute einen neuen Leiter des Landesrechnungshofes zu wählen.

Gemäß Paragraph 18 Absatz 1 des LRH-VG wird der Leiter des Landesrechnungshofes durch Wahl bestellt.

Für die nunmehr vorgesehene Wahl ist nach Paragraph 18 Absatz 2 des LRH-VG die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Sollte der erste Wahlvorgang zu keiner einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen für einen Kandidaten führen, so ist gemäß Paragraph 63 Absatz 1 GeoLT eine engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten durchzuführen, die im ersten Wahlvorgang die meisten Stimmen erhielten.

Gemäß Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird die Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes mittels Stimmzettels vorgenommen.

Zu Wort gemeldet haben sich dazu die Klubobmänner, zuerst Herr Dr. Reinhold Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (10.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jeder Abgeordnete ist verpflichtet an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen. Die Mitglieder des Landtages sind bei der Ausübung dieses Berufes an keine Aufträge gebunden. Nur diese beiden Pflichten haben wir. Mehr steht in unserer Geschäftsordnung des Landtages nicht. Diese Geschäftsordnung haben wir – alle Fraktionen, die hier im Hause vertreten sind – gemeinsam beschlossen. Das zu beherzigen, ist mein vorweihnachtlicher Appell an jede Mandatarin, an jeden Abgeordneten hier im Haus, nicht mehr und nicht weniger. Denn mit dem geschlossenen Auszug aus dem Landtag am 19. Dezember 2000 wurde nicht nur gegen diese wichtige gesetzliche Bestimmung verstoßen, sondern auch in einer für mich undemokratischen Art und Weise eine wichtige Wahl im Land verhindert. Das ist in der Zweiten Republik hier in der Steiermark noch nie der Fall gewesen. Ist der Eid, den wir auf die Landesverfassung und die anderen Gesetze geleistet haben, nichts wert? Sind wir nicht vom Bürger dafür gewählt Entscheidungen zu treffen? Sind wir nicht dafür gewählt Verantwortung zu übernehmen? Ich und meine Fraktion sind zumindest dieser Auffassung. Heute, hier und jetzt geht es wieder darum eine Entscheidung zu treffen oder die Flucht zu ergreifen. (Abg. Gennaro: „Vor wem sollen wir flüchten? Vor dir?“) Kurt Gennaro, ob man von Auszug spricht oder von Flucht-Ergreifen, vielleicht habe ich das zu hart formuliert, auszuziehen oder hier im Haus zu bleiben, das ist die entscheidende Frage. Wie ich höre und wie heute auch in der Präsidiale nochmals der SPÖ-Klubobmann betont hat, gibt es eigentlich gegen die von uns als beste im Hearing empfundene Kandidatin Dr. Elisabeth Simma sachlich keine Einwände. Die Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer wird von allen bisher als höchst qualifiziert bezeichnet. Das hat das Hearing gezeigt. Und ist es dann ein Fehler – und das frage ich jetzt immer mehr –, dass wir uns sofort danach im Klub zu-

sammengesetzt haben und nach dem Hearing jeder unserer Kollegen – und wir waren sehr stark beim Hearing vertreten – seine Meinung im Klub geäußert hat und wir dann klubintern zu einem einhelligen Votum gekommen sind? Vielleicht war das ein Fehler. Denn erst nachdem die Ausschreibung erfolgt ist, nachdem das Hearing war, wurden plötzlich viele Mängel entdeckt. Die Ausschreibung sei mangelhaft gewesen, die Bewerbungsfrist sei zu kurz gewesen, das Hearing sei unzureichend gewesen, wurde dann ins Treffen geführt. Aber selbst diese Kritik fällt bei näherer Betrachtung für mich zusammen. Wir haben am 16. November 2000 einvernehmlich in der Präsidiale festgelegt, wie der Rechnungshofdirektor bestellt werden soll. Ich weiß, dass damals von grüner Seite her Bedenken geäußert worden sind, aber auch die grüne Fraktion hat das Recht, das der Präsident allen Fraktionen eingeräumt hat, nämlich bis 20. November 2000 Einwände gegen den Ausschreibungstext vorzubringen, ungenützt verstreichen lassen, wie auch die sozialdemokratische Fraktion – und wenn schon nicht der Klubobmann selbst – dann haben unsere Klubs eine hervorragende personelle Ausstattung, hätten ja Klubmitarbeiter, die auch sonst zur Hand sind, sagen können, das wollen wir geändert haben, bitte setzen wir uns zusammen, verfassen wir einen neuen Ausschreibungstext. Das war nicht der Fall. Denn der Inhalt der Ausschreibung – und da bin ich 100-prozentig bei Landtagsdirektor Dr. Heinz Anderwald – entspricht voll den Vorgaben des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes.

Und es ist ja kein Zufall, dass sich auch von außen her aus unserer Sicht zwei sehr gute Bewerber gemeldet haben und am Hearing teilgenommen haben. Und auf Nachfrage, ob es von potenziellen Kandidaten Beschwerden gegeben hätte, was die Ausschreibung betrifft, habe ich bis heute noch keine einzige Meldung gehört, dass hier Beschwerde geführt worden wäre. Ich frage mich auch, ob eine Drei-Wochen-Frist zwischen Veröffentlichung in den Medien und der Abgabe einer Bewerbung nicht lange genug ist. Das entspricht vielen Fristen, wenn es um derartige Ausschreibungen geht. Also warum die ganze Aufregung? Nicht der Parteikandidat hat sich durchgesetzt. Im Hearing ist klar geworden, dass der bestqualifizierte Kandidat eine Kandidatin noch dazu war, furchtbar, nämlich eine unabhängige, eloquente, brillante Rechtsanwältin. (Abg. Stöhrmann: „Zehn Minuten!“) Sie hat voll überzeugt. Glauben Sie denn wirklich, dass bei einer neuen Ausschreibung nach dieser Prozedur, die wir jetzt hier nach dem Bild, das wir jetzt geboten haben, sich tatsächlich noch eine unabhängige Persönlichkeit und hier insbesondere eine hoch qualifizierte Frau melden wird? Glauben Sie das wirklich? (Abg. Mag. Erlitz: „Ja!“) Die dann auch der Gefahr ausgesetzt ist, dass sie wieder die Flucht ergreifen muss, weil wieder irgendetwas nicht stimmt? Hätte Dr. Leikauf, der übrigens wie die anderen Bewerber beim Hearing sehr gut war, dieses Hearing gewonnen, hätte die SPÖ wohl nichts gegen das Auswahlverfahren einzuwenden gehabt, dann wäre es als fair und gerecht gelobt worden, davon bin ich fest überzeugt. Und ich frage Sie alle, wollen Sie jetzt jedes Mal, wenn ein Abstimmungsergebnis droht, das Ihnen nicht passt, aus dem Landtag ausziehen, Kollege Gennaro? (Abg. Gennaro: „Flüchten brauchen wir nicht!“) Wollen Sie das wirklich? Aber jetzt sagen ich Ihnen etwas, was können wir dafür, wenn wir 27 da sind und Sie vielleicht nicht zur Landtagssitzung kommen? Uns das zum Vorwurf machen, wenn wir dann die Mehrheit haben? Wir wollen arbeiten, und nicht davonlaufen! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen eines, machen Sie den Wählern ihr Verhalten nicht zum Vorwurf und machen Sie uns nicht zum Vorwurf, wenn wir hier zu Sitzungen kommen. (Abg. Gross: „Reg dich nicht auf!“ – Abg. Gennaro: „Brauchst du eine Brille?“) Diese Situation können wir in dieser Periode haben, wenn Sie so weitermachen wie bisher. Wir kommen zu den Sitzungen. (Abg. Gennaro: „Wir auch!“) Das werden wir sehen, das werden wir bald sehen, ob Sie zu den Sitzungen kommen. (Abg. Gennaro: „Du schreibst uns sicher nichts vor!“) Aber machen Sie uns nicht zum Vorwurf, wenn wir arbeiten wollen. Machen Sie uns nicht zum Vorwurf, wenn uns die Wähler die Möglichkeit gegeben haben, wenn Sie nicht zu Sitzungen kommen, dass wir eine Mehrheit haben. Machen Sie uns das nicht zum Vorwurf, das bitte ich Sie, nicht mehr und nicht weniger. Wir wollen in diesen fünf Jahren hart arbeiten, manchmal auch zu einem Zeitpunkt, wo es vielleicht für die Bevölkerung nicht so verständlich ist. Wir wollen in diesen fünf Jahren hart arbeiten und wir lassen es uns nicht zum Vorwurf machen, wenn Sie an Sitzungen nicht teilnehmen und wir dann vielleicht in der glücklichen Lage sind, ich sage es bewusst, aus der eigenen Kraft heraus Entscheidungen treffen zu können. Machen Sie uns das nicht zum Vorwurf, das bitte ich Sie. Und das Zweite, worum ich Sie ersuche, das freie Mandat ist uns viel wert, das freie Mandat ist aber für mich dann nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben steht, wenn Klubmeinungen vorgegeben werden und der einzelne Abgeordnete nicht die Möglichkeit hat so zu entscheiden, wie er gerne möchte. Und daher appelliere ich noch einmal an Sie, heute an diesem 23. Dezember, ich bitte Sie, machen wir nicht so lange Ausschreibungen und so lange Hearings bis der richtige Kandidat übrig bleibt, den Sie für richtig empfinden. Wir haben einvernehmlich in der Präsidiale die Ausschreibung festgelegt, Sie haben sich am Hearing beteiligt und ich glaube, dass Dr. Leikauf nicht unabgesprochen sich an diesem Verfahren beteiligt hat, das kann ich mir nicht vorstellen. Also sage ich Ihnen, Sie haben nicht nur an der Ausschreibung mitgewirkt, nicht nur am Hearing mitgewirkt, sondern, Kollege Schrittwieser, von der Fraktion der Sozialdemokraten ist ja natürlich auch ein Kandidat ins Rennen geschickt worden. Das Ergebnis vom Hearing war dann nicht das, das Sie sich erwartet haben. Daher nochmals mein Appell an Sie und Sie haben sicherlich noch meine einleitenden Worte in Erinnerung, nämlich die Zitation des Paragraphen 8 unserer Geschäftsordnung, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass es doch couragierte Abgeordnete in den Reihen der SPÖ, der FPÖ und der Grünen gibt, denen der geleistete Eid auf die Verfassung, denen das freie Mandat und die Pflicht an Sitzungen teilzunehmen etwas bedeutet. Ich appelliere an Sie alle, unsere Geschäftsordnung höher einzuschätzen als die Parteiräson. Sie haben einen Auftrag als frei gewählte Abgeordnete, Ihr Mandat frei für die Interessen des Landes Steiermark auszuüben. Und im Interesse unseres Landes ist es, dass wir nicht eine elendslange Vakanz haben, was die Leitung des Landesrechnungshofes betrifft.

Bleiben Sie im Plenum, treffen Sie eine Entscheidung, tragen Sie Verantwortung, dafür sind wir vom Bürger gewählt, und nicht um auf Kommando des Parteivorsitzenden, der heute nicht hier ist, den Sitzungssaal bei einer wichtigen Wahl zu verlassen.

Sie müssen nicht Dr. Simma Ihre Stimme geben, wählen Sie den Kandidaten Ihrer Wahl, aber wählen Sie, darum bitte ich Sie. (Beifall bei der ÖVP. – 10.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann der SPÖ Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (10.16 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Lopatka, jetzt arbeite ich so hart daran, dass ich es dreistellig erhalte – mein Gewicht – und ärgere mich immer wieder darüber und du siehst uns nicht und sagst, wir sind nicht da. Also das habe ich nicht ganz verstanden, diese Wortmeldung.

Aber, meine Damen und Herren, eines sei festgestellt, natürlich weiß jeder, hoffe ich, Abgeordnete in diesem Haus und die Sozialdemokraten im Besonderen, dass wir einen Auftrag vom Wähler haben, um mit unserem Mandat für dieses Land das Beste zu geben. Und, lieber Kollege Lopatka, du wirst immer und jederzeit mit unserer Anwesenheit rechnen können, denn es ist ja eine Selbstverständlichkeit für uns. Nur, wenn eine Partei versucht – in diesem Fall die ÖVP – gegen die Mehrheit in diesem Haus mit dem Geschäftsordnungstrick einen Landesrechnungshofdirektor zu bestellen, dann wehren wir uns. Und wenn wir das nur verhindern können mit einem Auszug, dann tun wir das, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist der Trick?“)

Uns das vorzuhalten, meine Damen und Herren, dass wir nicht ernsthaft an dieser Aufgabe arbeiten und ich widerspreche dir, wenn du hier erklärst, dass einhellig diese Ausschreibung festgelegt wurde in der Präsidiale, denn es war so, dass, wie das das erste Mal in der Präsidiale zur Sprache gekommen ist, ich dort erklärt habe – und andere auch, nicht nur ich –, dass diese Fristen, die es hier gibt, zu kurz sind und nicht genug Zeit ist dafür, um wirklich ein seriöses, objektives, mit nötiger Zeit verbundenes Verfahren durchzuführen. Das ist dort erklärt worden, lieber Kollege.

Und dann, nachdem der Präsident und auch du darauf bestanden habt, oder die ÖVP, dass dieses Verfahren weiter verfolgt wird, habe ich am 5. Dezember dieses Jahres an den Herrn Präsidenten – ich habe das das letzte Mal ausgeführt – einen Brief geschrieben, wo ich das, was ich in der Präsidiale mündlich gesagt habe, schriftlich noch einmal nachgereicht habe. Ich glaube, das muss doch wohl ausreichend sein. Dann herzuzugehen und zu sagen, ich möchte – und indem letztes Mal alle drei anderen Fraktionen das Hohe Haus verlassen haben um zu dokumentieren, dass wir nicht einverstanden sind, dass es nicht möglich ist, dass eine Fraktion, nämlich die ÖVP, die keine Mehrheit im Landtag hat – einen Rechnungshofdirektor beschließen will gegen den Willen der drei anderen Fraktionen, ich glaube, das ist wohl selbstverständlich und kann auch nicht stattfinden.

Und noch einmal festgestellt, unser Protest richtet sich ausschließlich gegen dieses Verfahren, dass vorher alle Dinge stattgefunden haben, die nicht zur Auswahl eines Rechnungshofdirektors, wie wir ihn uns wünschen, führen kann.

Es hat nämlich der Rechnungshofdirektor oder die -direktorin künftig nichts davon, wenn er Rechnungshofdirektor ist, das wichtigste Organ des Landtages ist, wenn er von einer Minderheit in diesem Haus bestellt wird. Wie soll denn dieser Rechnungshofdirektor künftig seine Arbeit verrichten? (Abg. Riebenbauer: „Unabhängig!“) Wie soll er denn die nötige Akzeptanz in diesem Landtag finden, wenn er nur von der ÖVP, die im Landtag keine Mehrheit hat, getragen ist, noch dazu, wo diese Partei, die wir kontrollieren sollen, nämlich die Regierung, den Landeshauptmann stellt? Das gibt es doch nirgends, dass sich die Landeshauptmannpartei selbst die Kontrollore aussucht. Und dem werden wir nicht zustimmen, meine Damen und Herren, auch künftig nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte eine Bemerkung dazu machen, was heißt politisch unabhängig, was heißt, wenn jemand einer Partei nahe steht, dann ist er schon nicht mehr objektiv. Ich weise darauf hin, meine Damen und Herren, wir haben einen Rechnungshofdirektor Dr. Lieb gehabt, der durchaus objektiv war, der ist auch einer Partei sehr nahe gestanden, wir haben einen Rechnungshofdirektor Dr. Grollitsch gehabt, der ebenfalls seine Sache sehr objektiv und korrekt durchgeführt hat und wir haben einen Rechnungshofdirektorstellvertreter, den Dr. Leikauf, der ebenfalls seine Aufgabe sehr gut erfüllt. Und alle die Genannten haben sich öffentlich in dieser Demokratie zu einer politischen Partei in diesem Land bekannt. Und genauso wie ich meine, dass es parteipolitisch unabhängige Persönlichkeiten geben muss, die sich um dieses Amt bewerben, genauso muss es aber möglich sein, dass Leute, die sich in einer Demokratie zu einer politischen Partei bekennen, nicht ausgeschlossen werden dürfen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist doch unerhört und unobjektiv und unseriös, meine Damen und Herren, und da werden wir nicht mittun. (Abg. Riebenbauer: „Die Bewerbung hat doch niemand verhindert!“) Die Chancengleichheit bei einem künftigen Rechnungshofdirektor – wir verlangen, dass er neu ausgeschrieben wird – muss für alle, die die Voraussetzungen dafür mitbringen, fachlicher Art, ob sie die Persönlichkeit haben, in seinem Beruf muss er bewiesen haben, dass er etwas geleistet hat, dass er akzeptiert wird, gegeben sein. Aber es kann nicht sein, dass irgendjemand ausgeschlossen wird. Und da werden wir nicht mit dabei sein, denn die von mir genannten Persönlichkeiten haben bewiesen, obwohl sie einer politischen Partei in diesem Hohen Haus – jeder einer anderen, bewusst habe ich diese drei genannt – nahe gestanden sind, dass sie ihre Sache ordentlich gemacht haben. Mir tut es Leid für die Frau Dr. Simma, dass Sie sie in eine Situation gebracht haben, ihr schon zwei Tage

vorher in den Medien versprochen habt, dass sie es eh wird. (Abg. Tasch: „Das glaubt dir keiner!“) Mir tut das Leid, weil das ist auch für die Bewerberin nicht sehr gut, wenn das passiert. Aber es kann nicht sein, aus Rücksicht auf die Frau Dr. Simma, dass wir zulassen, dass Sie als Minderheit den Rechnungshofdirektor bestellen. Wir wollen eine breite Mehrheit, auf breiteste Basis gestellt, mehrerer Fraktionen oder aller, diesen Rechnungshofdirektor. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der letzten Sitzung. Wir haben bei der letzten Sitzung zwei Anträge in diesem Hohen Haus gestellt. Der eine Antrag – ein Entschließungsantrag –, wo wir versucht haben, indem nur ein Kandidat vorgeschlagen ist, mit Ja oder Nein zu stimmen. Es hat dann vom Präsidenten eine Sitzungsunterbrechung gegeben. Wir haben in der Präsidiale getagt. Und was für mich damals sehr interessant war, dass der Herr Präsident, der Landtagsdirektor Dr. Anderwald und der Klubobmann der ÖVP geschlossen – und das hat mich sehr nachdenklich gestimmt, weil wir ja wissen, dass auch hier Naheverhältnisse sind – erklärten, gegen die Juristenmeinung der anderen drei Klubs von FPÖ, SPÖ und Grünen, das, was wir hier tun, ist geschäftsordnungswidrig, verfassungswidrig. Der Präsident hat erklärt, und weil ich das so sehe, werden diese Anträge nicht zugelassen.

Dann hat es einen weiteren Entschließungsantrag gegeben, wo wir gesagt haben, wir wollen, dass diese Ausschreibung, dieses Verfahren, dieser Vorgang abgebrochen wird, von der Tagesordnung kommt, nicht behandelt wird und dass neu ausgeschrieben wird. Dieser Entschließungsantrag ist ebenfalls von derselben Personengruppe wiederum gegen die Meinung aller anderen drei Klubs nicht zugelassen worden, weil gesagt wurde, das ist ebenfalls gegen die Geschäftsordnung, das ist ebenfalls verfassungswidrig. Und wir haben damals angekündigt – der Präsident hat natürlich das Recht so vorzugehen –, wir werden diese Sache prüfen lassen. Und es haben die drei Landtagsklubs von SPÖ, FPÖ und Grünen Herrn Prof. Mayer, einen hervorragenden Verfassungsjuristen, beauftragt, um von außen festzustellen, ob denn das, was wir hier im Hohen Haus tun, nicht der Geschäftsordnung entspricht, weil keiner der Abgeordneten, glaube ich, will, dass er gegen die Geschäftsordnung verstößt oder verfassungswidrige Handlungen setzt. Ich darf dem Präsidenten dieses Gutachten, das jetzt schriftlich vorliegt, übermitteln. Ich kann nur feststellen, dass Prof. Mayer unserer Vorgangsweise absolut zugestimmt hat und gesagt hat, was wir getan haben ist rechtens und Sie drei haben das abgelehnt und abgesetzt, meine Damen und Herren. Das ist nicht in Ordnung. Nur aus der Sicht heraus, weil es momentan zum Ergebnis, das die ÖVP gewollt hätte, nicht gepasst hat. Das lehnen wir ab. Und ich belege heute, meine Damen und Herren, dass wir Recht gehabt haben. Wir werden also auch heute an dieser Wahl nicht teilnehmen, weil wir uns nicht gegen Personen richten, sondern mit dem, was heute passiert und was bisher passiert ist, nicht einverstanden sind, weil wir nach wie vor eine Neuausschreibung dieser Funktion wollen. Mit ausreichend Zeit, mit Personalberatungsfirmen, mit langen Fristen, mit einem Hearing und dann soll dem Landtag vorgeschlagen werden, wer für die Funktion in Frage kommt und mein Wunsch wäre es durchaus, wenn es möglich ist, aber ich bin ja auch schon länger in der Politik und weiß, dass das nicht immer leicht ist, wenn wir einhellig zu einem Vorschlag kommen würden. Daher werden wir auch heute an dieser Wahl nicht teilnehmen, meine Damen und Herren.

Und ich darf nun dem Herrn Präsidenten dieses Gutachten überreichen um zu dokumentieren, dass das, wie sich die anderen drei Fraktionen verhalten haben, auch von einem hochrangigen Verfassungsjuristen als rechtens beurteilt wurde. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der FPÖ Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Lafer (10.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Auf Grund dieser Vorweihnachtszeit möchte ich mich heute hier nicht zu böse verhalten, sagen wir es einmal so. Aber mich hat schon eines gewundert, Herr Klubobmann Lopatka. In der ersten Präsidialsitzung, die stattgefunden hat, wurde uns das auf den Tisch geknallt, ohne uns informiert zu haben, dass das überhaupt auf der Tagesordnung ist. Es war ja nicht so, dass hier kein Einspruch gekommen ist. Es wurde Einspruch erhoben, und zwar gegen die Vorgangsweise, die zu kurze Zeit und die Frist und es wurde auch nach dieser ersten Präsidialsitzung von mir öffentlich kundgetan. Als das Hearing vorbei war, wurde von der ÖVP eine Siegerin präsentiert, bevor der Landtag überhaupt zur Wahl geschritten ist. Das ist einmal Faktum. Am Montag war bereits zu lesen, wer am Dienstag bei der Wahl die neue Landesrechnungshofdirektorin sein würde. Es hat nach dem Hearing keine Zusammenkunft der Klubs gegeben um darüber zu beraten, wer überhaupt der Beste gewesen sein sollte, sondern die ÖVP hat hier eine Meinung formuliert und diese an die Öffentlichkeit getragen. Wo bleibt da das Demokratieverständnis der ÖVP? (Abg. Gödl: „Abstimmung!“) Wenn man für die wichtigste Position des Landes, für den Leiter oder die Leiterin eines Rechnungshofes, eine Person bestimmen will, dann muss man versuchen, hier im Konsens eine Person zu finden, die für den Landtag die wichtigste Aufgabe, die Aufgabe der Kontrolle, wahrnimmt. Und hier lassen wir mit uns auf solche Art und Weise mit Sicherheit nicht reden. Kontrolle ist wichtig. Der Landtag hat die Aufgabe und auch die Verpflichtung, den besten Mann oder die beste Frau zu finden, die für den Landtag diese Tätigkeit wahrnimmt. Genau diese Vorgangsweise soll gewählt werden.

Und in diesem Sinne teile ich dem Landtag auch mit, dass die freiheitliche Fraktion heute wieder ausziehen wird. Wir werden bei dieser Wahl wieder nicht mitstimmen. Wir wollen eine objektive Vorgangsweise, objektive Kriterien, die dazu führen, dass genau die wichtigste Stelle des Landes mit einer Person besetzt wird, die die Zustimmung aller findet.

In diesem Sinne darf ich Ihnen alles Gute zu den Weihnachtsfeiertagen wünschen und einen guten Rutsch! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 10.30 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Klubobfrau der Grünen Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (10.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war in der Presse die Rede von Denkkzettel und Bestrafung. Es ist heute hier im Hause auch schon die Rede gewesen von Verweigerung und Davonlaufen. Ich möchte Sie bitten, das, was wir tun in diesem Bereich und zu diesem Thema zu sehen als Einsatz für etwas. Wir setzen uns für einen starken Rechnungshof ein. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Rechnungshof eine starke Leitung hat, wo jemand sitzt, der eine große Fachkompetenz hat und auch auf Grund seiner Persönlichkeit oder ihrer Persönlichkeit das Vertrauen aller Parteien genießt, die im Landtag vertreten sind. Dazu ist es aber auch nötig, dass all diese Parteien sich wirklich ein Bild davon machen können, ob diese Person geeignet ist und ob sie kompetent ist. Und dafür ist es nötig, dass es ein Verfahren gibt, das die Möglichkeit bietet sich ein Bild zu machen. Ein Verfahren, in dem auch klar ist, wonach man sucht, was die Anforderungen sind und das auch die Möglichkeit bietet zum Beispiel im Rahmen eines Hearings all die Fragen zu stellen, die für die einzelnen Parteien wichtig sind. Dieses Verfahren, das wir gehabt haben, hat zwar formell die Möglichkeit geboten Fragen zu stellen, aber, wie ich das letzte Mal schon ausgeführt habe, viel zu wenig Zeit gelassen, den Kandidaten ausführlich zu antworten und auch uns als Fragestellern und Fragestellerinnen nicht die Möglichkeit geboten noch nachzufragen. Wir haben auf Grund der Vorgänge in der letzten Zeit und der Einwände, die wir immer wieder eingebracht haben und die aber nicht wahrgenommen und nicht eingearbeitet wurden, damit begonnen, ein eigenes Konzept zu erarbeiten und dass ein solches Verfahren mehr ausformulieren soll, das unseren Vorstellungen und Ansprüchen genügt und wir werden dieses Konzept im Jänner den anderen Klubs zur Verfügung stellen und erhoffen uns eine Diskussion über dieses Konzept.

Ich möchte noch einmal zu den Bemerkungen kommen, die ich am Anfang genannt habe, Denkkzettel, Bestrafung und so weiter. Ich glaube, die Beschädigung, die hier eintritt, tritt nicht dadurch ein, dass man sagt, man ist gegen ein Verfahren, man möchte einen Stopp. Sondern ich glaube, dass die Beschädigung und auch die Beschädigung des Rufes des Landtages dadurch eintritt, dass man versucht etwas durchzuziehen, dass man Vorgangsweisen wählt, die einem ermöglichen, das am Ende zu bekommen, was man anfangs schon wollte. Ich glaube, dass für die Besetzung des Leiters des Rechnungshofes besondere Seriosität einzufordern ist und besondere Transparenz und dass es uns allen extrem daran gelegen sein sollte zu beweisen, dass wir das ganz ordentlich angegangen sind.

Ich habe gestern noch mit Rudi Anschöber gesprochen. Rudi Anschöber ist grüner Abgeordneter im Oberösterreichischen Landtag. Sie können sich vielleicht erinnern, ich habe die Oberösterreicher immer als beispielhaft angeführt. Die haben eine Auswahl unter 35 Personen gehabt. Ich bin sicher, auch die Steiermark hat mehr anzubieten als sechs Personen, die sich bei uns beworben haben. In Oberösterreich ist man gemeinsam zu einer Entscheidung gekommen und hat sich viel Zeit genommen. Ja, da muss man viel arbeiten, da muss man viel Zeit investieren. Aber was ist herausgekommen? Eine Persönlichkeit, die das Vertrauen aller im Landtag vertretenen Parteien genießt. Und Rudi Anschöber hat mir gesagt, der Rechnungshof liefert Berichte, mit denen oft einmal eine Fraktion im Landtag keine Freude hat, aber alle setzen sich mit dem gebotenen Ernst mit diesen Berichten auseinander und man wird nie die Kritik hören, na ja, das kommt ja von dieser Seite, wir wissen, was wir davon zu halten haben. Alle nehmen das ernst, was dieser Rechnungshof liefert und das hat auch mit dem Ermittlungs- und Bestellungsverfahren zu tun.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um den heutigen Tag, nicht nur um das, was heute passiert, es geht um die Zukunft. Wir befinden uns am Beginn einer Landtagsperiode und wir sollten das zum Anlass nehmen einige Dinge zu ändern, einige Dinge mit einer neuen Seriosität anzugehen und gerade im Bereich der Personalbestellungen zu einer Ebene zu finden und zu Vorgangsweisen zu finden, die nicht das abbilden, was auch in der Bevölkerung oft sehr negativ gesehen wird, nämlich wenig Transparenz bieten und den Verdacht nahe legen, dass jemand auf einen Posten kommt, weil er einer Partei nahe steht, und nicht, weil er oder sie qualifiziert ist.

Das, was wir hier haben, hier und jetzt in der Steiermark, in Sachen Rechnungshof, ist eine groß angelegte Demokratieverträglichkeitsprüfung und der sollten wir uns stellen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.36 Uhr.)

Präsident: Gibt es noch eine weitere Wortmeldung?

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich darf von meiner Seite aus sagen, dass wir in allen verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Angelegenheiten uns des legislativen Dienstes und des Verfassungsdienstes der Landesregierung bedienen. Dieses Gutachten, das mir nun durch den Klubobmann Schrittwieser überreicht wurde und übernommen habe, wird einer weiteren Prüfung, einem Gutachten unterzogen werden. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme!

Meine Damen und Herren, da keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang. (Auszug der Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und der Grünen.)

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass hier eine Mehrheit den Saal verlässt. Der Punkt ist damit abgeschlossen, aber ich darf Sie bitten doch Platz zu nehmen, um mir die Möglichkeit zu geben, wenn sich dieser Punkt nicht beschließen lässt, Ihnen ein Wort des Grußes am Ende dieses Jahres und des knapp bevorstehenden Weihnachtsfestes, auch im Auftrag meiner Vizepräsidentin und des Vizepräsidenten, zu entbieten. Ich bitte Sie doch Platz zu nehmen. (Abg. Stöhrmann: „Ist der Punkt abgeschlossen?“) Dieser Punkt ist abgeschlossen.

Ich bitte die Damen und Herren Platz zu nehmen, damit ich die Sitzung ordnungsgemäß schließen kann. (Abg. Gennaro: „Herr Präsident, ich nehme für meinen Klub die Glückwünsche entgegen!“) Herr Abgeordneter, ich würde mich freuen, wenn die Klubmitglieder der SPÖ aus Anlass des bevorstehenden Weihnachtsfestes wieder ihre Plätze einnehmen würden.

Ich möchte die Gelegenheit nicht verabsäumen, den Mitgliedern der Landesregierung, aber auch den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses, auch namens der Frau Vizepräsidentin und des Dritten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages an dieser Stelle die besten Wünsche für die bevorstehenden Feiertage auszusprechen und Glück und Erfolg für das erste Jahr des kommenden Jahrtausends zu wünschen.

Ich danke Ihnen aber auch für die heute an und für sich sachlich abgeführte Diskussion und schließe damit ordnungsgemäß die Sitzung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ende der Sitzung: 10.39 Uhr.

